Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

15 (10.1.1918) Mittagsblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10 % Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 15 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Donnerstag, 10. Januar 1918** — 77. Jahrgang. — **Mittagsblatt.**

Wilson zum Brest-Litowsker Friedensprogramm.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 9. Jan., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Erkundungs-Kämpfe.

Am 8. Januar versuchten an der Westfront Engländer und Franzosen mit starken Kräften sich Erkundungsergebnisse zu verschaffen, die ihnen bei den Patrouillen der Vorfage versagt geblieben waren. Sie holten sich sehr blutige Schlappen. In Flandern, wo das Gefechtsgelände und selbst die Zugangswege viele Kilometer weiter hinter der englischen Front sich infolge des Winterwetters in völlig trostlosem Zustande befinden, versuchten hinter heftigen Feuerwellen sich starke englische Abteilungen durch den zähen Schlamm gegen den Südrand des Houthoulster-Waldes vorzuarbeiten, während mehrere englische Kompanien an der Bahn Boesinghe-Staden angriffen. Die nur langsam durch das Trichterfeld vorkommenden englischen Sturmwellen faßte unser vernichtendes Sperrfeuer samt dem Feuer der Maschinengewehre und ließ nur Teile von ihnen an der Bahn Boesinghe-Staden bis an unsere Linien herankommen, wo sie im Nahkampf blutig abgewiesen wurden. Die Franzosen schritten ihrerseits westlich Flirey, aus dem dort gelegenen Walde heraus um 4.15 Uhr nachmittags nach einviertelstündiger stärkster Feuervorbereitung mit starken Kräften zum Angriffe gegen unsere Stellungen vor. Der anfangs eingedrungene Feind wurde in erbitterten, bis spät in die Nacht andauernden Nahkämpfen und im heftigen Gegenstoß unter besonders hohen feindlichen Verlusten hinausgeworfen. Sämtliche Angriffe sind restlos abgewiesen, die Gräben in unserer Hand.

Auch im Sundgau, wo am frühen Morgen des 8. Jan. starkes feindliches Minenfeuer auf unsere Stellungen westlich Mülhausen eingesetzt hatte, wurden vorfühlende feindliche Patrouillen vertrieben. Einige Aufklärungstätigkeit brachte an vielen Stellen der Front das gewünschte Ergebnis, sowie zahlreiche Gefangene und Beute ein. Während unsere Artillerie mit Erfolg feindliche Ansammlungen und Verkehr hinter der Front, sowie Munitions- und Materialdepots beschossen, belegten unsere Bombengeschwader mehrfach feindliche Barackenlager, sowie die Stadt Dünkirchen mit Bomben und konnten an Bränden und Explosionen eine gute Wirkung feststellen.

Die Angst der Franzosen.

O Berlin, 10. Jan. Aus Kopenhagen wird dem „Berl. Lokalanz." gemeldet: Während der letzten Woche ist die ganze englische und französische Presse mit Spannung erfüllt in der Erwartung der angeblich bevorstehenden deutschen Riesenoffensive. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Frankreich sagt, daß die Deutschen offenbar hinter der Front große Vorbereitungen träfen. Die Engländer und Franzosen verhielten sich aber auch nicht mit den Händen im Schoße.

Die Lage in Rußland.

Ausweisungen aus Rußland.

WTB. Stockholm, 10. Jan. Nach einer Meldung aus Haparanda an „Svenska Dagbladet" bereitet man im Smolny-Institut einen Erlaß vor, der den Rat der Volkskommissare berechtigt, einzelne Personen aus dem Lande zu verweisen, da die überfüllten Gefängnisse Mißstimmung im Volke hervorriefen. Auf der Liste der Auszuweisenden stehen Miljukow, Kerenski, Tschingareff, Gote und Tschernoff.

Ein dritter allrussischer Kongreß.

);(Berlin, 10. Jan. Der Vollzugsausschuß der Sowjets beschloß laut „Voss. Ztg.", für den 21. Januar einen dritten allrussischen Kongreß zusammenzuberufen. Der Kongreß soll von der Konstituante verlangen, daß sie die Macht der Sowjets und die Rechtskraft aller bisherigen Verordnungen der maximalistischen Regierung anerkenne.

Die systematische Verheerung Esthlands.

WTB. Stockholm, 9. Jan. Das Stockholmer Esthnische Büro teilt dem Vertreter des WTB. mit: Nachdem die systematische Verheerung Esthlands durch Truppenverbände der regulären russischen Armee trotz zahlreicher Vorstellungen bei den russischen Behörden nicht aufgehört und alle zivilen Maßnahmen der esthnischen Behörden und Bevölkerung sowie ein offizieller Aufruf des esthnischen Landtags an die verbündeten Regierungen von England, Frankreich, Amerika und Belgien erfolglos geblieben waren, sah sich die esthnische Armeeleitung zur Entsendung einer Strafexpedition veranlaßt. Daraufhin haben esthnische Truppenteile, die von Reval in der Richtung Narva vorgingen, plündernde russische Truppen getroffen, gestellt und geschlagen. Die esthnischen Verluste an Toten und Verwundeten sind gering. Die Säuberung Esthlands von den russischen Truppen schreitet fort.

Buchanans Heimkehr.

WTB. Haparanda, 10. Jan. Der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, ist mit Familie und Gefolge hier eingetroffen und reiste nach Stockholm weiter.

Ein indischer Nationalkongreß.

WTB. Rotterdam, 10. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet aus englischen Blättern, daß am 26. Dezember in Kalkutta ein indischer Nationalkongreß eröffnet worden sei. Es waren 1000 Abgeordnete erschienen und es herrschte große Begeisterung. Mister Besant, der den Kongreß eröffnete, verlangte die sofortige Annahme eines Gesetzes durch das englische Parlament, durch das Indien eine Selbstregierung nach australischem Muster gewährt wird. Mister Besant sagte: Indien liege nicht länger auf den Knien, um Wohltaten zu erbitten. Die Freiheit sei das Recht, für das die Alliierten kämpften. Dies sei die Demokratie und der Geist der Neuzeit.

Die Zukunft des britischen Weltreichs.

Von Franz Kolbe.

Die „Nachrichten der Auslandspresse" berichten:

„In Reuters Wiedergabe der Rede, die Bonar Law — anläßlich des Briefes von Lord Lansdowne — gehalten hat, fehlte eine wichtige Stelle. Sie lautet nach „Times" vom 1. Dezember: „Ein Friede auf der von Lansdowne angeregten Basis würde tatsächlich eine Niederlage für uns bedeuten. Und was würde die Lage des britischen Reiches nach einer solchen Niederlage sein? Wir können die Tatsache nicht verschleiern, daß ein Krieg, der so lange dauert und so viele Leiden mit sich bringt, die Bevölkerung eines jeden Landes beeinflussen muß, bei uns so gut wie in den Dominions. Wenn wir nun am Ende unser Ziel nicht erreichen können, glaubt jemand tatsächlich, daß die Einheit des britischen Reiches — von der wir hoffen, daß sie infolge dieses Krieges fester werden wird — dann noch unversehrt erhalten bleibe? Ich glaube es nicht."

Diese Worte des britischen Schatzkanzlers beleuchten grell wie ein Blitzlicht die gegenwärtige Lage des britischen Reiches. Das also ist der Grund, weshalb das englische Ministerium durchaus nichts vom Frieden wissen will — nicht die Bekämpfung des deutschen Militarismus, wie Asquith und Churchill uns glauben machen wollen, nicht die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Rumäniens usw., sondern die Angst vor der Zukunft des britischen Weltreiches.

In den ersten Jahren des Krieges hatte man allgemein den Eindruck, daß die Folge des Krieges eine Stärkung der Bande zwischen den einzelnen Teilen des britischen Weltreiches sein würde. Alle Selbstverwaltungskolonien wetteiferten miteinander, sich gegenseitig in der Unterstützung des Mutterlandes zu überbieten. Begeistert drängte sich die Jugend der Kolonien zu den Waffen, die Kolonien selbst überboten sich darin, das größte Truppenkontingent dem Mutterlande zur Verfügung zu stellen und es durch Lieferungen zu unterstützen.

Die britische Regierung verschloß sich nicht dem Eindruck, eine wie große Gefahr für die Einigkeit zwischen Mutterland und Kolonien darin lag, daß die auswärtige Politik des Reiches einzig und allein in England gemacht wird, daß die Kolonien nicht nur keinen Anteil an der Leitung dieser Politik haben, sondern nicht einmal erfahren, aus welchen Gründen die Beschlüsse gefaßt sind. Wollte man von den Kolonien verlangen, daß sie einen bestimmten Anteil der Verteidigung des Reiches und der hierzu aufzubringenden Kosten übernehmen, so mußte man ihnen auch die Möglichkeit geben, auf die äußere Politik des Reiches einzuwirken. Es war daher eine der ersten Handlungen Lloyd Georges nach seiner Ernennung zum Premierminister, an die leitenden Minister der Selbstverwaltungskolonien eine Einladung zu einem Reichskriegsrat und zu einer Reichskriegskonferenz zu erlassen, der eine allgemeine Reichskonferenz folgen sollte.

Die Frage einer Verfassung für das ganze britische Weltreich war schon in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges in den politischen Klubs Englands und der Kolonien ausführlich erörtert worden. Die meisten Anhänger zählte die von Mr.

Wenn zwei sich lieben.

Roman von Fr. Lehne.

(2) (Nachdruck verboten.)

Ein Dorn hat mir den Fuß verletzt — wohl nicht schlimm; dennoch bereitet es mir Schmerzen."

„So? Darf ich sehen meine Gnädigste? Ich verstehe nämlich ein wenig davon. Ich bin Arzt — allerdings nur ein gewöhnlicher Dorfarzt, und auch blos in Vertretung — wenn Sie trotzdem Zutrauen zu meiner Kunst haben — — aufdrängen will ich Ihnen meine Hilfe allerdings nicht."

Sie fühlte: durch ein Zögern hätte sie sich vielleicht lächerlich gemacht; ohne sich lange zu ziemen streckte sie ihm darum den Fuß entgegen.

Sofort sah er, woran es fehlte. Aus seiner Brusttasche nahm er ein Etui, das einige ärztliche Instrumente enthielt, und mit einer Pinzette entfernte er den schmerzbringenden Dorn.

„So — der Schaden ist bald geheilt."

„Meinen Dank Herr Doktor! Sie sind sehr freundlich gewesen."

„Menschenpflicht, meine Gnädigste! Ich preise den Zufall, der mir zu dieser kleinen Dienstleistung verhalf," entgegnete er fröhlich, „haben Sie noch Schmerzen?"

„O ja, Herr Doktor — —"

„Allerdings — für solche verwöhnte Damenfüßchen ist dieser Weg hier gerade nicht geschaffen."

„Ich hatte mich verlaufen."

„Ah, Gnädigste sind fremd hier?"

„So ziemlich." Sie nickte, und sie sprach gar nicht mal die Unwahrheit — was kannte sie denn von ihrer Heimat?

„Wenn es Ihnen nicht unangenehm ist, begleite ich Sie gern, bis Sie den richtigen Weg wiedergefunden haben."

„Sie sind doch selbst fremd hier, Herr Doktor, wie ich aus Ihren Worten vorhin entnehmen muß."

„Dennoch weiß ich ganz gut Bescheid! Mit meinem getreuen Begleiter, meiner Juno, durchstreife ich in meiner freien Zeit den Wald — in diesem gottverlassenen Dorfe ist es meine einzige Zerstreuung."

„Ah, Sie wohnen in Weisenfelde?"

„Leider — Gott sei Dank — ja!"

Sie mußte über seine humorvolle Art lachen.

„Wieso?" fragte sie.

„Bedenken Sie, ich komme aus Berlin: ich war dort am chirurgischen Spital mehrere Jahre als Assistenzarzt tätig — nun, und wenn einem dann im Sommer eine passable Vertretung geboten wird so nimmt man sie halt an!! So bin ich hier und genieße meine „Sommerfrische" mit einem heiteren und einem nassen Auge! Der hiesige Arzt, Dr. Frühling, ist ja für längere Zeit auf Reisen. Er scheint eine sehr hohe Meinung von meinen Fähigkeiten zu haben, daß er mir seine Patienten ohne weiteres anvertraut."

„Haben Sie viel zu tun?"

„Genug! Aber keine „interessanten Fälle", leider! Wenn es nichts kostet, beanspruchen die Leute um jede Kleinigkeit ärztliche Hilfe."

„So wie ich zum Beispiel," warf sie lachend ein. „Aber wieso das, Herr Doktor?"

„Kassenarzt —! Bedenken Sie doch, Gnädigste, die vielen Hunderte von Arbeitern in diesem Bezirk! Herr Doktor Frühling hat mir übrigens angeboten, seine Praxis hier zu übernehmen! Und auf meinen Waldspaziergängen überlege ich mir jeden Tag und zähle an den Rockknöpfen ab: tust du es? tust du es nicht? tust du es? tust du es nicht?"

Er sprach immer in einem leicht ironischen und leicht spottenden Ton. Sie lachte leise auf.

„Hoffentlich hat Ihr Rock nur vier Knöpfe! Denn nach Berlin hier diese Einöde."

„Nein, Gnädige, es sind fünf Knöpfe, Gott sei Dank."

„Jetzt sagen Sie so."

„Ich muß wohl! Man muß doch leben! — Hunderte von Kollegen würden dankend zugreifen; denn man kommt hier sozusagen in ein gemachtes Bett! Ich weiß nicht, ob Ihnen die Verhältnisse hier bekannt sind." Sie bewegte verneinend den Kopf. „Nicht? Die Praxis ist hier sehr lohnend; es gibt genügend zu tun auch für mehrere Aerzte — der Grundbesitzer Graf Westenfeld mit seinem Dorf der Geheime Kommerzienrat Vermehren mit seinen Untertanen — —"

Sie unterdrückte ein Lächeln.

„Kennen Sie den Geheimrat?"

„Nur flüchtig; als ich meinen Besuch als Vertreter des Doktor Frühling machte, hatte ich den Vorzug, einige Worte mit dem Gewaltigen zu wechseln. Er ist ein bedeutender, ein hervorragender Mann! Ein König in seinem Reich gnädiges Fräulein ein König, der seinem Namen alle Ehre macht."

„Ich verstehe Sie nicht, Herr Doktor."

„Vermehren heißt er und handelt auch danach! Sein Besitz vermehrt, vergrößert sich täglich".

Sie kicherte in sich hinein.

„Sie sind sehr drollig, Herr Doktor."

„Doktor Rehfeld ist mein Name," sagte er, indem er sich verneigte. Er stand immer in einiger Entfernung von ihr, in ungezwungener Haltung an einen Baum gelehnt, während Astrid auf ihren Baumstumpf sitzen geblieben war und die entblößten Füße unter dem Kleidersaum verbargen hielt. Sie mußten sich über sich selbst wundern, daß sie sich in eine Unterhaltung mit dem ihr unbekannten Herrn eingelassen hatte. Aber das Romantische machte ihr Spaß — — wenn er geahnt, wer sie war! Seine Persönlichkeit flößte ihr Interesse ein; etwas Frisches, Frohes, Freies ging von ihm aus, das unbedingt für ihn einnehmen mußte. Er war sehr groß und breit, ein wahrer Hüne. Sein Gesicht hatte scharf geprägte Züge mit gerader Nase und energischen Munde, dessen Oberlippe von einem kurz geschnittenen, dunkelblonden Bart beschattet wurde; ein kräftiger Durchzieher lief über seine rechte Wange und über dem linken Auge fiel ihr eine kleine Narbe auf. Der Blick seiner klugen Augen war scharf, durchdringend und dennoch voller Güte — — der junge Arzt war ohne Zweifel eine bedeutende, vornehme und interessante Erscheinung. Und wie taktvoll und zurückhaltend er in seinem Benehmen war keine weitere Frage von ihm nach Woher und Wohin, nachdem sie ihm im Anfang leicht ausweichend geantwortet hatte.

Er beugte sich zu seinem Hunde nieder, der zu seinen Füßen lag. „Nun, Juno, es wird wohl Zeit, daß wir an unsere Pflichten denken? Die Sprechstunde beginnt um neun Uhr!" Der Hund sprang an ihm empor. „Ja, ja, es ist schon gut." Und liebkosend kraute er ihm den Kopf.

„Wenn gnädiges Fräulein sich meinem Schutze anvertrauen wollen, so werde ich einstweilen voraus gehen und Sie dort erwarten."

(Fortsetzung folgt.)

Curtius ausgearbeitete Plattform mit Föderativverfassung. Mr. Curtis sah ein in London tagendes Reichsparlament vor, zu dem alle Selbstverwaltungskolonien im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl Mitglieder wählen sollten, außerdem ein Reichsministerium und einen Reichsgerichtshof in London. Das Reichsparlament sollte über alle Angelegenheiten entscheiden, welche für alle Teile des Reiches gemeinsam gelten — den lokalen Parlamenten sollten nur noch die übrigen Angelegenheiten verbleiben, ferner die Ausführung der vom Reichsparlament gefaßten Beschlüsse.

Obwohl die Reichskriegskonferenz anscheinend ein Bild vollster Einigkeit zeigte, kam es nicht zur Beratung der Reichsverfassung, diese wurde vielmehr bis nach Beendigung des Krieges verschoben. Der Grund der Verzögerung zeigte sich bald: in keiner der Kolonien war Neigung vorhanden, die Föderativverfassung anzunehmen. Einer der Hauptgründe für die Zuneigung der Kolonien zum Mutterlande war der gewesen, daß letzteres die Verteidigung der Kolonien garantierte, ohne daß erstere gezwungen waren, entsprechende Gegenleistungen zu bieten. Das sollte jetzt anders werden: Lloyd George hatte ausdrücklich von der Verpflichtung gesprochen, die Verantwortung für die äußere Politik des Reiches mit zu übernehmen und sich an den Kosten der Reichsverteidigung zu beteiligen. In den Kolonien bestand außerdem wenig Neigung, von den Rechten ihrer Parlamente auch nur ein Jota abzugeben. Man fürchtete den Einfluß der Londoner Plutokratie.

General Smuts war der erste, der offen die Unmöglichkeit einer Föderativverfassung für das Reich erklärte, ihm folgte — allerdings erst nach seiner Rückkehr nach Kanada — der dortige Premierminister Sir R. Borden. Heftigen Widerspruch erhob vor allem die mächtige Arbeiterpartei Australiens.

Auch die Begeisterung für den Krieg flaute bald ab, nachdem die englischen Mißerfolge am Suezkanal, in Mesopotamien und den Dardanellen bekanntgeworden waren. Auch die riesigen Verluste der Kolonialtruppen verstimmten, besonders nachdem bekannt wurde, daß an den gefährlichsten Stellen stets die Kolonialtruppen und nicht die englischen Truppen eingesetzt wurden, daß dagegen bei der Beförderung der Offiziere die Kolonialoffiziere übergangen wurden. Bald zeigten sich Lücken in den mobilen Truppen, die durch freiwillige Aushebung nicht mehr zu beseitigen waren. Der Einführung der Dienstpflicht aber setzte sich in den Kolonien ein heftiger Widerstand entgegen, dessen Träger in Australien die Arbeiterpartei, in Kanada ein Teil der Liberalen, besonders aber die französischen Kanadier waren. Im Gegensatz zur Kolonialverfassung mußten in Australien und Kanada Koalitionsministerien berufen werden, da die Parteiministerien nicht imstande waren, die vom Mutterlande erwarteten Leistungen zu garantieren. Eine Volksabstimmung in Australien fiel zweimal gegen die Wehrpflicht aus. In Kanada sind besonders die französischen Kanadier erbitterte Gegner der Dienstpflicht — die soeben beendeten Parlamentsneuwahlen ergaben zwar eine Mehrheit für die Dienstpflicht, aber nur durch Heranziehung der an der Front stehenden Truppen zur Wahl.

Ueberhaupt zeigte sich ein sich immer mehr verschärfender Gegensatz zwischen den französischen und britischen Kanadiern, der angeblich in Schul- und Sprachenfragen seinen Ursprung hat, sich aber — genau so wie in Irland — in einem absoluten Widerstande gegen eine Teilnahme am Kriege äußert. Der Führer der französischen Kanadier, Mr. Bourassa ist nicht nur Gegner einer Föderativverfassung für das Weltreich, sondern fordert auch offen die Erklärung Kanadas zur unabhängigen Republick. Dieselbe Stellung nehmen neuerdings in Südafrika die unter Leitung von General Hertzog stehenden Nationalisten ein, und ihre Partei hat bei den Wahlen zu den Lokalparlamnte steigende Erfolge aufzuweisen.

Und Irland? Die unheilvolle Saat der Unionisten, welche 1914 die Einführung der vom Parlament beschlossenen Homerule-Bill zu verhindern wußten, hat böse Früchte getragen. Die bis dahin führende Partei des Landes, die Redmondisten, die sich mit Homerule zufrieden geben wollten, verliert ständig an Boden. Ein Mandat nach den anderen wird ihr von den Sinnfeinern abgenommen, deren Anhang sich lawinenartig zu verstärken scheint. Ueberall werden Sinnfeiner-Klubs gegründet, die ihre Mitglieder — trotz des Regierungsverbotes — zu militärischen Uebungen anhalten und strengste Disziplin ausüben. Die Haltung der Sinnfeiner ist musterhaft: sie leisten nur passiven Widerstand, lassen sich ohne Widerstand verurteilen, in die Gefängnisse schleppen, beharren aber bei ihrer Forderung: Irrland eine unabhängige Republick. Selbstverständlich läßt sich kein Sinnfeiner zur britischen Armee anwerben.

Was wird aus dem britischen Weltreich werden, wenn wie wir bestimmt hoffen und erwarten, der Krieg zu unseren Gunsten ausläuft und England einen Frieden schließen muß, in welchem Deutschland nicht nur seine alten Kolonien sämtlich zurück, sondern noch dazu ein größeres Kolonialreich erhält? Wird der Patriotismus und der Opfermut der Kolonialengländer diese Probe aushalten? Bonar Law glaubt es nicht. Schon Homer Lea schreibt in seinem Buche „Des britischen Reiches Schicksalstunde": Die pazifistischen Kolonien und Dominions können niemals allein eine derartige Verteidigungskraft besitzen, die genügte, um die Eroberung ihres Gebietes durch irgend eine Macht zu verhindern, welche die Herrschaft in ihren Meeren errungen hat."

Schon schielt Japan mit sehnsüchtigen Augen auf Australien, und Englands Politik ist es zuzuschreiben, wenn Japan sich als Herr des Stillen Ozeans fühlt.

Finnland.

WTB. Stockholm, 9. Jan. Im „Aftenblad" veröffentlicht der Finne Adolf Bonsdorff unter der Ueberschrift „Was Deutschland für Finnland getan hat" eine Erklärung, in der es heißt: Deutschland hat nicht in die Welt hinausposaunt, daß es für das Recht der kleinen und unterdrückten Staaten kämpft. Daß es aber neben der Wahrung seiner eigenen Vorteile in diesem Kriege nicht verfehlt hat, die Interessen anderer zu fördern, dafür zeugt unzweideutig schon Alles, was während der Friedensunterhandlungen mit Rußland in die Erscheinung getreten ist, und das bezeugt auch sein rascher Entschluß, unser finnisches Vaterland als souveränen Staat anzuerkennen. Deutschland ist uns immer mit Wohlwollen entgegengekommen, aber es hat uns nie vorgespiegelt, und uns keine scheinheiligen Versprechungen gegeben. Wir haben früher eine Staatskunst kennen gelernt, die perfide und treulos war. Die deutsche Staatskunst war karg mit schönen Worten, aber ehrlich und gerade. Wir zeigten Deutschland unsere Sympathie und erhielten als Gegenleistung Vertrauen. Ein siegreiches Rußland hätte das Zarentum niemals gestürzt und die Welt von dessen Schrecken befreit. Die russische Revolution ist letzten Endes das Verdienst der deutschen Siege. Auch Finlands Freiheit ist durch diese Siege ermöglicht worden.

WTB. Stockholm, 9. Jan. Svenska Telegram Byran. Der schwedische Generalkonsul in Finnland Ahlström ist zum vorläufigen Gesandten ernannt worden. Er ist das erste Mitglied des zukünftigen diplomatischen Korps in Helsingfors.

WTB. Bern, 10. Jan. Zu der Nachricht, daß Frankreich Finnland anerkennen wolle, erklärt der „Popolo d'Italia", die Entente müsse nun alle diejenige nTeile Rußlands, die sich von den Maximalisten lossagten, unterstützen.

Die Friedens-Verhandlungen.

Eine Schwindelnachricht.

WTB. Bern, 10. Jan. Ein Londoner Telegramm der „Gazette de Lausanne" vom 8. Januar zitiert einen Funkspruch der russischen Regierung, wonach entgegen den Waffenstillstandsbedingungen die deutschen Mannschaften bis zu 35 Jahren für den Westen herausgezogen werden. Die Truppen hätten die Ueberführung nach der Westfront für eine Abschlachtung erklärt. 25000 deutsche Soldaten in Gegenden östlich von Kowno hätten sich versammelt und verschanzt. — (Diese Nachricht, deren Sinnlosigkeit durch das Märchen von den 25000 Meuterern charakterisiert wird, ist in jedem Punkte erlogen. Die genaue Innehaltung der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen durch die Deutschen ist von den Russen mehrfach anerkannt worden.)

Das Urteil eines russischen Unterhändlers.

(!) Berlin, 10. Jan. Oberst Focke, einer der russischen Friedensunterhändler in Brest-Litowsk, sagte laut „Berl. Tageblatt" während seines Aufenthaltes in Petersburg, die Mitglieder der Delegation gingen nicht nur als Unterhändler, sondern auch als Kaufleute nach Brest-Litowsk, die viel fordern müssen, um etwas zu erreichen. Die Formen der Verhandlungen mit den Vertretern des Vierbundes und der Abschluß des Waffenstillstandes geben uns, so soll er gesagt haben, die Ueberzeugung, daß Deutschland sicherlich mit uns einen ehrlichen Frieden schließen will, wie sehr die russische Presse auch die Verhandlungen und den Waffenstillstand kritisieren mag.

Albert Thomas über Elsaß-Lothringen.

WTB. Amsterdam, 9. Jan. „Allgemeen Handelsblad" zufolge schreibt Albert Thomas über Elsaß-Lothringen im „Daily Telegraph": Die englischen Sozialisten glauben, daß die französischen Sozialisten für eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen sind. Das ist jedoch nicht die von den französischen Sozialisten vertretene Politik. Der Frankfurter Friede, dem Frankreich sich unterwerfen mußte, ist durch Deutschlands eigenen Willen 1914 in Stücke gerissen worden. Das Recht Frankreichs bleibt unveränderlich. Darum muß Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben werden.

Wilsons Friedensbotschaft.

);(Washington, 9. Jan. (Reuter). Präsident Wilson übergab heute dem Kongreß eine Botschaft, in der einleitend auf die Besprechungen von Brest-Litowsk hingewiesen wird, auf welche die Aufmerksamkeit der Kriegführenden gelenkt wurde, um festzustellen, ob diese Besprechungen möglicherweise zu einer allgemeinen Friedenskonferenz auszudehnen wären. Während die Vertreter Rußlands eine festumschriebene Darlegung der Grundsätze gaben, unter denen sie zum Friedensschluß bereit seien, legten die Vertreter der Mittelmächte ihrerseits die Grundlinien einer Vereinbarung vor, die kurz gesagt bedeutet, daß die Mittelmächte jeden Fuß breit des von ihnen besetzten Bodens zu behalten beabsichtigen. Die Vermutung ist berechtigt, daß die allgemeinen Grundsätze der zuerst von den Mittelmächten vorgeschlagenen Vereinbarung von den liberaleren Staatsmännern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns herrühren, während die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung auf die militärischen Führer zurückzuführen sind. Die Vertreter Rußlands bestanden im wahren Geiste der Demokratie darauf, daß die Konferenz mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern offen vor der ganzen Welt als Zuhörerschaft abgehalten werde. Was auch das Ergebnis der Verhandlungen von Brest-Litowsk sein möge, die Vertreter der Mittelmächte haben die Welt mit ihren heutigen Zielen bekannt zu machen versucht und ihre Gegner zur Bekanntgabe von ihren Zielen herausgefordert.

Es gibt keine Verschiedenheit der Meinungen unter den Gegnern der Mittelmächte über die Kriegsziele und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten. Es ist noch eine Stimme, die nach einer Festlegung der Grundsätze und Absichten verlangt: Die des russischen Volkes. Seine Auffassung von dem, was recht und menschlich ist, wurde mit Offenheit und menschlicher Sympathie dargelegt, die die Bewunderung jedes Menschenfreundes hervorruft. Das russische Volk wünscht, daß wir sagen, was wir wünschen, und daß wir unsere An- und Absichten klarlegen. Es ist unser inniger Wunsch, einen Weg zu finden, um dem russischen Volke zu helfen, seine weitgesteckten Hoffnungen auf Freiheit und dauernden Frieden zu erfüllen. Wir wünschen, daß die Friedensvorgänge, wenn einmal begonnen, vollkommen öffentlich stattfinden, und daß sie künftig keinerlei geheime Vereinbarungen irdenwelcher Art in sich schließen.

Nachdem Wilson die Gründe dargelegt hatte, die Amerika zum Eintritt in den Krieg veranlaßten, zählt die Botschaft folgene Punkte als Forderungen des künftigen Weltfriedens auf:

1. Alle Friedensverträge sind öffentlich und sind öffentlich zustande zu bringen; es dürfen keinerlei geheime internationale Vereinbarungen irgendwelcher Art getroffen werden, sondern die Diplomatie ist offen und vor aller Welt zu betreiben.

2. Vollkommene Freiheit der Schiffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden wie im Kriege mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zur Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen sind.

3. Beseitigung, so viel dies möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken, und Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter den Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

4. Entsprechende Garantien müssen gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das Notwendigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

5. Eine freie, weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche sollte herbeigeführt werden, die auf einer strikten Beachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller solcher Solidaritätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerung ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierungen, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen.

6. Wir müßten ferner die Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einvernehmen in allen Fragen, die es betreffen, verlangen zum Zwecke der freien Mitwirkung der andrn Nationen der Welt, um Rußland eine unbeeinträchtigte und unbehinderte Gelegenheit zu unabhängiger Bestimmung seiner politischen Entwicklung zu gestatten, um es in der Gemeinschaft freier Nationen und selbständigen, gewählten Staatseinrichtungen willkommen heißen zu können. Darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen sollte, gewähren.

7. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu beschränken.

8. Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden, sowie das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringen zugefügt wurde, und das den Weltfrieden in nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gut gemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

9. Es muß eine Berichtigung der italienischen Grenze nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand durchgeführt werden.

10. Die Völker von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen sichergestellt zu werden wünscht, müßten die erste Gelegenheit eine autonome Entwicklung gegeben werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt werden. Die besetzten Gebiete zurückerstattet werden. Serbien muß einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten und die Beziehungen der Balkanstaaten zu einander müssen durch freiwilligen Verkehr gemäß den historisch feststehenden Grundlinien von Unterstanen, Treue und Nationalität bestimmt sein. Auch müssen internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, sowie der Unversehrtheit des Landbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen ottomanischen Kaiserreiches müßte unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die unter der türkischen Herrschaft stehen, wollen eine unzweifelhafte Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zur autonomen Entwicklung erhalten. Die Dardanellen sollen dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat soll alle Länder, die von einer unzweifelhaften polnischen Bevölkerung bewohnt werden und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein könnte, soll errichtet werden.

14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden. Zum Zwecke gegenseitig garantierter Leistungen für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen wie der kleinen Nationen. Bezüglich dieser wesentlichen Berichtigung von Unrecht und Durchsetzung des Rechtes fühlen wir uns mit allen Regierungen und Völkern, die sich gegen die verbündeten Königreiche vereinigt haben, in Gemeinschaft.

Wir werden bis zum Ende für die Vereinbarung von Vertragsbedingungen solcher Art zusammenstehen, aber nur weil wir die Vorherrschaft des Rechts, sowie einen gerechten und dauerhaften Frieden machen wollen, wie er lediglich durch Beseitigung der hauptsächlichen Kriegsursachen erzielt werden kann, was durch dieses Programm erreicht wird. Wir wollen Deutschland bei seinem rechtmäßigen Einfluß oder seiner Machtstellung nicht im Wege stehen. Wir wollen es auch nicht mit den Waffen oder durch feindselige Handelsverträge bekämpfen, wenn es bereit ist, sich mit uns und den anderen friedliebenden Nationen der Welt zur Vertragsbedingung von Recht und Gerechtigkeit sowie Billigkeit zu vereinbaren.

Wir räumen ihm einen Platz der Gerechtigkeit unter den Völkern der Welt ein anstatt einen solchen der Herrschaft. Ebenso nehmen wir uns nicht heraus, irgend eine Abänderung seiner staatlichen Einrichtungen zu verlangen. Aber es ist notwendig, daß wir wissen, für wen seine Unterhändler sprechen, nämlich, ob für die Reichstagsmehrheit oder für die Militärpartei. Ein deutlich erkennbarer Grundsatz zieht sich durch das ganze Programm, das ich umrissen habe. Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und Nationalitäten, im gleichen Fall der Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, ob sie mächtig oder schwach sind.

Das Volk der Vereinigten Staaten kann keinen anderen Grundsatz zulassen und zu seiner Geltendmachung ist es willens, sein Leben, seine Ehre und alles, was es besitzt, einzusetzen. Der sittliche Gipfelpunkt dieses größten und letzten Krieges der menschlichen Freiheit ist erreicht worden, und das amerikanische Volk ist bereit, seine ganze Stärke, sein höchstes Streben, seine Unversehrtheit und Hingebung einzusetzen.

* * *

WTB. Amsterdam, 10. Jan. Das Reutersche Büro meldet aus Washington: Präsident Wilsons Botschaft machte im Kongreß einen tiefen Eindruck. Der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Stone, erklärte sich mit dem Präsidenten Wilson vollkommen einverstanden. Der Vorsitzende der Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten, Flood, sagte, er glaube, die Botschaft werde die Alliierten ermutigen und Rußland stärken.

WTB. Amsterdam, 10. Jan. „Allgemeen Handelsblad" zufolge sagt „Daily Chronicle" über die noch nicht vollständig vorliegende Botschaft des Präsidenten Wilson, daß Wilson die Erklärungen Lloyd Georges bestätige, jedoch lege er ein Friedensprogramm vor, das noch kategorischer und deutlicher sei. Man habe mit Anerkennung festgestellt, daß der Hauptzweck der Rede des Präsidenten Wilson wohl eine Aufforderung an die Mittelmächte sei, ebenso aufrichtig wie die Alliierten die Kriegsziele bekannt zu geben. Die edelmütige Art, in der Wilson über die heutigen Machthaber in Rußland gesprochen habe und wie er an die Sympathie und Hilfe der anderen Völker für Rußland appelliert, hebe die Rede Wilsons auf ein noch höheres Niveau als die Lloyd Georges.

Die Berliner Krisis.

In einem Teil der Berliner Presse dauert noch immer der Streit für und wider den Staatssekretär von Kühlmann fort und trotz aller offiziellen Dementis wird noch immer mit dem Gegensatz zwischen der obersten Heeresleitung und Herrn von Kühlmann gearbeitet und die Gefahr des Verlustes unserer beiden siegreichen Feldherrn Hindenburg und Ludendorff an die Wand gemalt. Neuerdings heißt es, auch Graf Hertling drohe mit seinem Rücktritt und mache sein Verbleiben von dem Hindenburgs und Ludendorffs abhängig. Wir geben diese Gerüchte nur mit allem Vorbehalt wieder. Sie sind bezeichnend für die Nervosität der Berliner Blätter.

Die Auffassung des Hauptausschusses.

() Berlin, 9. Jan. Wie der „Lokalanzeiger" erfährt, ist der Hauptausschuß mit dem Umfang und Inhalt des bisher vorgelegten Materials unzufrieden. Es herrscht die Ansicht, daß man mit dieser Erkenntnis der Dinge vorläufig noch zu keinem Abschluß gelangen werde. Die Verhältnisse seien in jeder Richtung so wenig geklärt, daß der Hauptausschuß kaum in der Lage sei, zurzeit bestimmte Stellung zu nehmen. Unter diesen Umständen wird es für unmöglich gehalten, daß bald eine Vertagung eintritt. Vielleicht wird in dieser Beziehung auch zwischen den Parteiführern und dem Reichskanzler Meinungsaustausch erfolgen. Eine Anzahl von Abgeordneten hat inzwischen eine Einladung zu einer Informationsreise nach Litauen erhalten.

Hindenburg und Ludendorff.

() Berlin, 9. Jan. „Zur Aufklärung" veröffentlicht der „Lokalanzeiger" einen ersichtlich von ganz besonderer Seite stammenden Artikel, in dem ein Ausspruch Hindenburgs angeführt wird. In General Ludendorff sei ihm durch Gottes Fügung ein treuer, unvergleichlicher Gehilfe gestellt worden. Und Hindenburg fährt fort: Zwischen uns besteht vom ersten Tage an und alle Zeit volle Uebereinstimmung über das Große im

Krieg. Und weiter sagt der große Feldherr in vorbildlicher Art: Wo sein Name genannt werde, dürfe der des Generals Ludendorff nicht fehlen, sonst sei das Bild unvollständig. Der Feldmarschall charakterisiert dann seinen ersten Mitarbeiter als Seele des Generalstabs und den Mittelpunkt der gesamten Arbeit des Generalstabs, und schließlich ruft er dem General Ludendorff noch zu: Mit voller Genugtuung erfüllt es mich, daß im deutschen Volke das Verständnis für die Bedeutung Ihrer Persönlichkeit heranreift. Und bei einer anderen Gelegenheit am gleichen Tage sagt Hindenburg in bezug auf die gemeinsame Arbeit mit General Ludendorff: „Was Gott zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht trennen."

Eine Besprechung mit den Fraktionsführern.

);(Berlin, 10. Jan. Wie der „Berl. Lokalanz." berichtet, hat der Unterstaatssekretär v. d. Bussche gestern abend die Führer der Reichstagsparteien zu einer Besprechung zu sich gebeten. In dieser Zusammenkunft machte, wie das Blatt erfährt, Unterstaatssekretär v. d. Bussche Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und über unser Verhältnis zur Ukraine und die Verhandlungen unserer Vertreter mit deren Delegierten.

Vertrauenskundgebungen für die Regierung.

);(Berlin, 9. Jan. Vom Zentrum und von der Fortschrittlichen Volkspartei liegen heute Erklärungen vor, die eine Vertrauenskundgebung für die Regierung bedeuten. In der „Germania" wird eine von „zuständiger parlamentarischer Seite", d. h. also von der Zentrumsfraktion des Reichstags ausgehende Erklärung veröffentlicht, in der es am Schlusse heißt: Für die Zentrumsfraktion des Reichstages besteht nach wie vor keine Veranlassung, in ihrem Vertrauen zur Reichsleitung eine Aenderung eintreten zu lassen. In ähnlichem Sinne schreibt die parteioffiziöse „Volkszeitung", zweifellos im Auftrag der Fortschrittlichen Volkspartei.

*

Die nationalliberale Reichstagsfraktion zur Lage.

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat bei ihrem ersten Zusammentritt in diesem Jahre am 8. Januar einmütig ihre Auffassung dahin kundgegeben, daß für die Frage der Grenzsicherungen das Urteil der obersten Heeresleitung maßgebend sein müsse. In zahlreichen nationalliberalen Kundgebungen aus dem Lande wird dieser Auffassung der Reichstagsfraktion durchaus zugestimmt und betont, daß kein Friede für Deutschland möglich ist, der nicht diejenigen Sicherungen enthält, die die Führer unserer oberiten Heeresleitung als notwendig für Deutschlands Zukunft erachten. Die nationalliberale Reichstagsfraktion befindet sich, wie aus der obigen Entschließung ersichtlich, mit der Auffassung der Partei im Lande in voller Uebereinstimmung. Ebenso ist die Fraktion einmütig in ihrer Ueberzeugung, daß die oberste Heeresleitung in solchem Maße das unerschütterliche Vertrauen des Heeres und Volkes genießt, daß gegenüber diesem Vertrauen alle anderen Rücksichten zurückzutreten haben.

Die englischen Kriegsziele.

WTB. London, 10. Jan. Minister G. H. Roberts sprach vorgestern in einer Massenversammlung zu Ruddersfield über die Kriegsziele. Er sagte man könne nicht in Friedensverhandlungen eintreten ehe Belgien nicht hergestellt und vollständig entschädigt sei. Es könne kein Frieden sein, ehe Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben sei. Jedes Zeichen von Uneinigkeit in England werde diese Friedensbedingungen für England weniger bestimmend gestalten. Er sei sicher, daß der Friede nie sicher und dauernd sein werde, falls nicht Deutschland geschlagen sei.

Aus dem Reich.

Eine kurze Anfrage an den Reichskanzler.

Lörrach, 10. Jan. Reichstagsabg. Bürgermeister Dr. Bugelmeier hat an den Reichskanzler eine kurze Anfrage über die Quartiervergütungen für alle in Privatunterkunftnahmungen beanspruchten Quartiere gerichtet, in welcher er bittet, diese Vergütungen zu bezahlen, einerlei ob es sich um Stand- oder Marschquartiere handelt und für die Servissätze eine angemessene Erhöhung eintreten zu lassen.

Die Regelung der handelspolitischen Beziehungen.

Berlin, 10. Jan. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich in den letzten Tagen mit der Frage der Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen in Deutschland befaßt.

Nach der „Germania" wird der Standpunkt vertreten, daß bei allen Friedensschlüssen der Schutz der nationalen Arbeit und die Entwickelungsmöglichkeit des deutschen Wirtschaftslebens gesichert werden müßten, und daß, soweit die politischen Verhältnisse einen engeren Zusammenschluß des deutschen Reiches mit Oesterreich und Ungarn notwendig machten, dadurch unter keinen Umständen eine wirtschaftliche Benachteiligung einzelner Landesteile herbeigeführt werden dürfe.

Aus dem Großherzogtum.

Mannheim, 8. Jan. Dem Bürgerausschuß ist eine Vorlage des Stadtrats über die Einführung einer Lustbarkeitssteuer zugegangen. Als steuerpflichtig sollen alle öffentliche Vergnügungen gelten, Feste, öffentliche Aufführungen jeder Art, ferner sportliche Veranstaltungen gegen Eintrittsgeld, alle öffentlich aufgestellten Automaten, gemeinschaftliche Gelage, Tanzbelustigungen. Theatervorstellungen sind stets steuerpflichtig; Wettspiele dann, wenn Zuschauer gegen Entgelt zugelassen werden. Veranstaltungen, die von Schülern oder für Schüler von im Stadtbezirk befindlichen Unterrichtsanstalten geboten werden, sind steuerfrei. Konzerte, die der Volksbildung dienen, sind steuerfrei. Die Kartensteuer beträgt: bei einem Eintrittsgeld von 30 Pfg. oder weniger 5 Pfg., bei höherem Eintrittsgeld für je angefangene 50 Pfg. 5 Pfg. Wenn keine Eintrittskarten verkauft werden, wird eine Pauschgebühr erhoben.

+ Mannheim, 9. Jan. Das Lagergebäude der Firma Deutsch-Koloniale-Bananen-Mühlenwerke im Industriehafen hier wurde samt großer Vorräte durch Feuer zerstört.

‡ Heidelberg, 9. Jan. Staatsminister a. D. Dr. Frhr. v. Dusch wird im Frühjahr ds. Js. von Karlsruhe hierher übersiedeln, um hier seinen Lebensabend zu verleben.

Baden-Baden, 8. Jan. Die Zimmermannsleute Ludwig Haff konnten heute das Fest der goldenen Hochzeit begehen. — Die Stadtgemeinde ließ gestern am Todestage der Kaiserin Auguste an deren Denkmal einen Lorbeerkranz niederlegen.

Holzhausen bei Kehl, 9. Jan. Die 62jährige Ehefrau des Landwirts Georg Scheidecker stürzte infolge Glatteises so unglücklich, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung und Verletzungen erlitt, denen die Frau erlegen ist.

St. Georgen, 9. Jan. Anläßlich seiner Ernennung zum Kommerzienrat hat Herr Fabrikant Karl Haas dem Unterstützungsfonds 3000 ℳ zugewiesen.

Freiburg i. Br., 10. Jan. Erzabt Ildefons Schober vom Kloster Beuron hatte wegen andauernder Erkrankung dem apostolischen Stuhl in Rom seine Resignation unterbreitet, welche angenommen worden ist. Erzabt Schober ist Badener. Er stammt aus Pfullendorf.

‡ Donaueschingen, 8. Jan. In der letzten Sitzung des Ernährungsbeirats teilte Bürgermeister Schön mit, daß der Warenvorrat der Stadt einen Wert von 11 763.57 ℳ darstelle. Es waren u. a. vorhanden: Grünkernsuppenmehl, Hafermehl, Knorr-Suppenwürfel, Tafelsenf, Kunsthonig, Deutscher Tee, Kochfertige Supen, Weizengrieß, Maismehl, Dörrobst, Dörrgemüse, Zitronensprup und Erdkohlraben.

Neudingen bei Donaueschingen, 10. Jan. Einem Brand ist das Anwesen des Wagners Merk zum Opfer gefallen. Der Schaden wird auf ungefähr 25 000 ℳ geschätzt.

× Müllheim, 8. Jan. An Stelle des verstorbenen Bezirksrats Fritz Blankenhorn in Schliengen ist der prakt. Arzt Dr. Wilhelm Bock in Müllheim zum Mitgliede des Bezirksrats für den Amtsbezirk Müllheim für die Restdienstzeit des Erstgenannten, d. i. bis 1. April 1918, ernannt worden.

Waldshut, 8. Jan. Hier hat sich eine Ortsgruppe der deutschen Vaterlandspartei gebildet. Vorsitzender ist Herr Landgerichtsrat Dr. Mutschler. Parteigänger des Zentrums und der Nationalliberalen gehören der Ortsgruppe an, die demnächst mit Werbeversammlungen an die Oeffentlichkeit treten wird.

Badischer Landtag.

Neue Anträge und Petitionen in der Zweiten Kammer.

× Karlsruhe, 9. Jan. Der 2. Kammer ist heute ein Antrag der Zentrumsfraktion zugegangen über die Aenderung des Beamtengesetzes. Dieser Antrag bezweckt eine Verbesserung der Ruhegehaltsverhältnisse. Ein anderer Antrag der sozialdem. Fraktion ersucht die Regierung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Unterstützungssätze der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern eine den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung erfahren. Weiter sind der 2. Kammer Petitionen zugegangen von verschiedenen Beamten- und Arbeiterkategorien der Staatsbahnen um Verbesserung ihrer Lage, von dem Verband der Beamten- und Lehrervereine Badens um Schaffung von Beamten- und Lehrerausschüssen und um Verbesserung ihrer Lage durch Gleichstellung mit den Kollegen im Reich und in Preußen hinsichtlich der Teuerungsbeihilfen und durch Erhöhung der Dienstreiseaufwandsentschädigungen.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 10. Januar 1918.

Der Bund Badischer Detaillistenvereine mit dem Sitz in Karlsruhe, befaßte sich in einer Ausschußsitzung u. a. mit der Frage der Einführung von Mindestgehältern für kaufmännische Angestellte. Die Versammlung war der Ansicht, daß sich die Einführung solcher Mindestgehälter, abgesehen von anderen Gründen, auch schon im Interesse namentlich der tüchtigen Angestellten nicht empfehlen dürfte. Durchaus ablehnend verhielt sich die Versammlung gegenüber den in der Presse aufgetauchten Gedanken der Gründung eines neuen Prämienunternehmens, weil sie davon nur größte Schwierigkeiten für den Kleinhandelsstand befürchtet. Es wurde beschlossen, beim Ministerium des Innern energische Einsprüche gegen einen derartigen Plan zu erheben. Bei einer Besprechung über die in Baden einzuführende Mittelstandskasse war man allgemein der Ansicht, daß die von der Regierung zur Verfügung gestellte Summe von 1 Million Mark bei weitem nicht ausreichend sei. Es wurde beschlossen, zu beantragen, daß wenigstens 5—10 Millionen zu dem gedachten Zweck zur Verfügung gestellt und daß auch die Kreise in erheblicherem Umfang herangezogen würden, um die schweren Schädigungen des Kleinhandels insbesondere des Lebensmittelhandels tunlichst abzuwenden. Zum Schluß befaßte sich die Sitzung noch mit inneren Angelegenheiten des Bundes insbesondere mit seinem weiteren Ausbau.

= Handel mit der Schweiz. Firmen des Bezirks, die am Verkehr mit der Kaiserl. Gesandtschaft in der Schweiz, sowie Web-, Wirk- und Strickwarengeschäfte, die an der Einfuhr aus der Schweiz interessiert sind, können von der Geschäftsstelle der Handelskammer Karlsruhe nähere Mitteilungen über vorstehende Angelegenheiten erhalten.

= Dr. Eugen Kilian, der in militärischen Diensten seit längerer Zeit in Freiburg weilt und der vor längerer Zeit schon als voraussichtlicher künftiger Leiter des Freiburger Theaters genannt wurde, hat lt. „Frbg. Ztg." einen Ruf als Oberspielleiter an das Bremer Stadttheater erhalten. Dr. Kilian, von seinem Wirken in Karlsruhe und München vorteilhaft bekannt, hat sich noch nicht entschieden.

Der evangelische Bund veranstaltet nächsten Sonntag abend 8 Uhr in der Karl-Friedrich-Gedächtniskirche in Mühlburg eine gottesdienstliche Feier, wobei der als glänzender Redner bekannte Stadtvikar Müller von hier über das besonders zeitgemäße Thema „Deutsche und evangelische Freiheit" einen Vortrag halten wird. Die Feier, die mit Gebet eröffnet und geschlossen werden wird, verschönt der Mühlburger Kirchenchor mit musikalischen Vorträgen. Hierzu sind alle evang. Einwohner der Stadt eingeladen. An den Ausgängen der Kirche ist Gelegenheit zu freiwilligen Gaben für die Albrecht Thoma-Stiftung gegeben.

= Das Waffentragen durch Ausländer ist nach einer soeben erschienenen Verordnung des Generalkommandos des 14. A.-K. verboten, ebenso der Verkauf und die sonstige Ueberlassung von Waffen und Munition an Ausländer. Als Waffe gelten auch Stockdegen, Hirschfänger, Dolche oder ähnliche feststehende oder feststellbare Stichwaffen. Ausgenommen von dem Verbot sind nur Ausländer oder ausländische Militärpersonen und Beamten, die zum Tragen der Waffen berechtigt sind.

= Heiterer Abend Josef Plaut. Wie nicht anders zu erwarten, macht sich ein sehr reges Interesse für den heute Donnerstag im Museumssaal, abends 7½ Uhr, stattfindenden „Heiteren Abend" geltend. Es ist eben das Bedürfnis vorhanden, einmal durch heiteren und ließenswürdigen Humor auf ein paar Stunden sich von den drückenden Alltagssorgen zu befreien. Da erscheint natürlich ein Mann wie Plaut heute als doppelt willkommener Gast. Hat er es doch verstanden, bei seinem erstmaligen Auftreten hier sich die Herzen aller im Fluge zu erobern. Voraussichtlich wird auch diesmal ein ausverkauftes Haus dem Künstler sicher sein. — Karten im Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert und an der Kasse im Museum.

= Klavierabend — Alice Krieger. Mit berechtigtem Interesse darf man dem am Dienstag den 15. Januar, 7½ Uhr, im Museumsaal stattfindenden Klavierabend der einheimischen Pianistin Alice Krieger entgegensehen. Die Künstlerin, deren musikalisches Werden wir in Karlsruhe verfolgen konnten, wird nach längerer Pause und höchst erfolgreichem Konzertieren in anderen Städten, zuletzt in Berlin, auch hier in einem Klavierabend ihr ausgereiftes Können zeigen. Das Programm, das Werke von Beethoven, Schumann, Brahms und Weber enthält, spricht für den vornehmen Geschmack der Künstlerin. Die Konzertvertretung hat die Hofmusikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstr. 159, übernommen, woselbst auch die Eintrittskarten erhältlich sind.

Fußball-Wettspiel. Das am vergangenen Sonntag auf dem K. F.-V.-Platze zum Austrag gekommene Gaupokal-Entscheidungsspiel zwischen den Mannschaften des F.-V. Beiertheim und dem F.-K. Phönix-Alemannia Karlsruhe endete mit dem hohen Ergebnis von 9 zu 2 Toren für Phönix-Alemannia. Das Spiel war ziemlich ausgeglichen und lebhaft. Beiertheim mußte für seinen vorzüglichen Torwächter Ersatz einstellen, dessen unsicheres Spiel die unverdiente Niederlage verursachte. Dem Spielverlauf entsprechend wäre ein Resultat von 4 zu 2 für Phönix das richtigere gewesen. — V. f. B. Karlsruhe weilte mit seiner 1. Mannschaft in Worms als Gast des dortigen F.-K. Alemannia. Die Karlsruher mit einigen Ersatzleuten führten ein schönes flaches Spiel vor, verloren aber gegen den besseren Gegner mit 8 zu 1 Toren. Dem Spiel wohnten trotz des Frostwetters über 1000 Zuschauer an. Nächsten Sonntag fährt die Städtemannschaft Karlsruhe nach Mannheim zum Städtespiel Mannheim — Karlsruhe.

Der Tauschhandel mit Lebensmitteln.

Halbamtlich wird geschrieben:

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß von einzelnen Gewerbetreibenden Bedarfsgegenstände, insbesondere Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren, sowie Kohlen und Petroleum, vorzugsweise an solche Käufer abgegeben werden, welche an Zahlungsstatt oder als Zugabe Lebens- oder Futtermittel liefern. Da die von diesen Gewerbetreibenden feilgehaltenen Waren nur noch in beschränktem Umfang zur Verfügung stehen, so hat eine solche Handlungsweise zur Folge, daß Personen, welche nicht ebenfalls Lebensmittel im Tauschhandel liefern können oder wollen, die Waren überhaupt nicht mehr oder nur noch in geringerer Menge, als es sonst möglich wäre, erhalten können. Insbesondere kommt aber auch in Betracht, daß fast alle Lebensmittel und die meisten Futtermittel, soweit der Erzeuger sie entbehren kann, der Ablieferungspflicht unterliegen und daß für alle wichtigen Lebensmittel eine Verbrauchsregelung durchgeführt ist. Die Hingabe von Lebens- und Futtermitteln durch die Erzeuger an die betreffenden Gewerbetreibenden wird deshalb in der Regel mit den kriegswirtschaftlichen Vorschriften in Widerspruch stehen. Für die Allgemeinheit hat sie zur Folge, daß durch sie die für die öffentliche Bewirtschaftung in Betracht kommenden Vorräte vermindert werden, während einzelne sich unzulässig im Uebermaß eindecken.

Die Großh. Bezirksämter wurden daher beauftragt, mit allen Mitteln dagegen einzuschreiten, daß sich Gewerbetreibende Lebens- oder Futtermittel als Gegenleistung für die Abgabe von Bedarfsgegenständen den kriegswirtschaftlichen Vorschriften zuwider liefern lassen, beanspruchen oder annehmen. Werden solche Fälle festgestellt, so ist nicht nur der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten, sondern es ist auch den betreffenden Gewerbetreibenden der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel wegen Unzuverlässigkeit zu untersagen.

Letzte Drahtberichte.

Ein Dementi.

WTB. Haag, 9. Jan. Das Korrespondenz-Büro erfährt von durchaus zuverlässiger Seite, daß die Meldung des „Delftsche Courant" über den Zwischenfall mit dem niederländischen Kriegsschiff „Tromp" unrichtig ist.

Der Kohlenmangel in Italien.

WTB. Bern, 10. Jan. Der „Avanti" meldet, daß zurzeit sich auch die der Heeresleitung unterstehende Kriegshilfsindustrie in Oberitalien mit steigendem Maße zur Verkürzung der Arbeitszeit teilweise zur Schließung an gewissen Wochentagen entschlossen habe infolge des Mangels an elektrischem Strom.

Das Saloniki-Unternehmen.

O Berlin, 10. Jan. Nach einem Telegramm des „Berl. Tagebl." aus Basel berichtet der Lyoner „Progrès, Ministerpräsident Clemenceau habe am Montag den Parteiführern mitgeteilt, daß das Salonikiunternehmen fortgesetzt werde.

Spanien.

WTB. Rotterdam, 9. Jan. Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" meldet „Daily Telegraph" aus Madrid vom Montag: Der Beschluß, das Parlament aufzulösen, den der König vorige Woche unterzeichnete, und dessen Veröffentlichung noch aufgeschoben worden war, ist rückgängig gemacht worden. Gerüchtweise verlautet, daß eine Regierungskrise bevorstehe.

Die Dienstpflicht in Amerika.

WTB. Amsterdam, 10. Jan. Nach einem hiesigen Blatte wird der „Times" aus Washington gemeldet, daß der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die militärische Dienstpflicht gutgeheißen habe. Der oberste Richter White erklärte, das Gesetz passe in den Rahmen der Verfassung, da der Kongreß die Macht. Krieg zu erklären, habe, was von selbst die Macht in sich schließe, die Bürger zum Militärdienst in der Heimat und im Auslande zu zwingen.

Kleine Mitteilungen.

* Berlin, 9. Jan. Die Kasseler Kriminalpolizei nahm zwei Einbrecher fest, denen bis jetzt mehr als 150 Kellereinbrüche nachzuweisen sind. Einer von ihnen trug bei seinen Einbrüchen stets eine schwarze Samtmaske. Er wohnte im vornehmsten Hotel, trug die Uniform eines Fahnenjunkers und lebte auf großem Fuße. Er wurde als ein 19 Jahre alter Maschinenschlosser Sarachter aus Oels festgestellt. Sein Genosse war der 23 Jahre alte Kellner Siegelen aus Feuerbach bei Stuttgart. Auch er trug Militäruniform und zwar die eines Gefreiten.

Große Mehlschiebungen in Wilhelmshaven.

* Berlin, 9. Jan. In Wilhelmshaven wurden der Kaufmann W. Oltmanns, der Bäckermeister Hayenga, der Rentner Hohn und ein Magistratsbeamter verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Sie werden beschuldigt, Weizenmehl in größeren und geringeren Mengen als „Auslandsware" in den Handel gebracht und zu 4 bis 6 ℳ das Pfund verkauft zu haben, ferner sind sie wegen Beiunterstützung und Nahrungsmittelfälschung angeklagt. Kaufmann W. Oltmanns hat den Plan ausgeheckt und die anderen zu den Vergehungen teils verleitet. Die vier waren die Lebensmittelverteiler der Stadt Wilhelmshaven und hatten städtische Gelder in Höhe von 1 Million ℳ in Händen, mit denen sie nach Gefallen wirtschafteten. Für Wilhelmshaven bestimmtes Weizenmehl wurde durch minderwertige Zusatzstoffe stark gestreckt und das dadurch gewonnene Ueberschußmehl teuer weiterverkauft. Zahlreiche Personen dienten dabei als Helfershelfer. Das Geschäft war glänzend, so daß einer der Teilnehmer bereits ein Bankguthaben von 1 150 000 ℳ hatte, das natürlich beschlagnahmt wurde. Haynga und Hohn sind Mitglieder des Wilhelmshavener Stadtrats. Die Untersuchung, die vom Landgericht Aurich geführt wird, dürfte noch umfangreiche Verhaftungen und Bestrafungen nach sich ziehen.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Geburten.

3. Jan.: Bernhard Wilhelm, V. Wilhelm Max, Maschinist; Hans Walter, V. Peter Englert, Steinhauer. — 4. Jan.: Gerta Emma Luise, V. Paul Dittelhorst, Kaufmann; Gertrud Helena, V. Ferdinand Joseph, Hilfsaufseher. — 5. Jan.: Frida Theresia, V. Josef Schorpp, Gipser. — 6. Jan.: Walter Karl Robert, V. Karl Frey, Schriftsetzer; Engelbert, V. Josef Tritsch, Schreiner; Maria Johanna, V. Josef Heiler, Bäcker; Adolf Wilhelm Max, V. Ludwig Eberhardt, Kaufmann; Heinrich, V. Stefan Heinrich Rupprecht, Hafner. — 7. Jan.: Johann, V. Johann Buhr, Elektrotechniker; Albert Friedrich, V. Josef Eble, Fabrikarbeiter; Hildegard Hermin, V. Josef Hirsch, Fabrikarbeiter. — 8. Jan.: Gertrud, V. Karl Friedrich Daferner, Fabrikarbeiter. — 9. Jan.: Walter Friedrich, V. Friedrich Schanne, Maler.

Todesfälle.

7. Jan.: Albert Heinkel, Metzgermeister, Ehemann, 65 J. — 8. Jan.: Jakob Guthmann, Kaufmann, Ehemann, 46 J.; Anna Friedrich, 24 J., Ehefrau von August Friedrich, Lokalbahnschaffner. — 9. Jan.: Theresia Vogel, 68 J., Ehefrau von Franz Xaver Vogel, Maschinenarbeiter.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Herstellungskosten für Kleinwohnungen.

Von dem kürzlich in Karlsruhe verstorbenen Altmeister der Deutschen Städtebaukunst, Geheimrat Prof. Dr. Baumeister, bringt das neueste Heft (Nr. 4 von 1917) des „Jahrbuches der Bodenreform" (Verlag Gustav Fischer, Jena) einen sehr wertvollen Beitrag zur Heimstättenfrage. Baumeister untersucht die „Herstellungskosten für Kleinwohnungen". Nicht weniger als 52 Siedlungen von Kleinhäusern, die wohl alle irgend wie in Betracht kommenden Arten des deutschen Einfamilienhauses darstellen, vergleicht er mit den Herstellungskosten der Mietkasernenwohnungen. Das Ergebnis ist dieses: Demnach ist es möglich, Kleinwohnungen in Einfamilienhäusern herzustellen, deren Baukosten nicht höher zu stehen kommen, als in Miethäusern, um so mehr, als die unentgeltlichen Nebenräume bei ersteren reichlicher vertreten sind als bei letzteren. Viele namhaft Architekten bezeugen dieses Ergebnis und haben praktische Beweise dafür geliefert. Natürlich können einzelne Beispiele sowohl zum Bestreiten als zum Verstärken der Tatsache dienen. Dann untersucht Baumeister auch „Straße und Hof", „Bauplatz", Gesamtaufwand" und in besonders eigenartiger Weise die „Wertberechnung der Gesundheit". Auf Grund aller sorgfältigen Untersuchungen klingt die wichtige Arbeit so aus: „Es ist eine sehr wichtige Aufgabe, nach errungenem, gesicherten Frieden tatkräftige Wohnungsreformen durchzuführen, in erster Linie für Kriegerheimstätten, dann aber auch für die ganze minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere durch eine künftige umfassende Herstellung kleiner Einfamilienhäuser!"

Amtliche Nachrichten.

* Das Großh. Ministerium des Innern hat den Geometer Hermann Schneider zum Bezirksgeometer und den Geometer Emil Hafner zum Katastergeometer ernannt.

* Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat den Eisenbahnassistenten Alois Maier in Herbolzheim zum Eisenbahnsekretär ernannt.

Militärdienstnachrichten.

v. Krogh, Oberstlt. z. D., Kom. d. Landw.-Bez. Offenburg, von dieser Stelle unter Erteilung d. Erlaubn. z. Tr. seiner bisher. Unif. enthoben. Freuling, Oberstlt., im Frieden im Inf.-Regt. Nr. 130, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs m. d. gesetzl. Pens. z. Disp. gestellt und zum Kom. d. Landw.-Bez. Offenburg ernannt. Piel, Hauptm., im Frieden im Inf.-Regt. Nr. 172, jetzt komdt. z. Dienstlt. b. Kr.-Min. in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs m. d. gesetzl. Pens. und d. Erlaubn. z. Tr. d. Unif. d. Inf.-Regts. Nr. 169 z. Disp. gestellt und in eine Stelle für pensionierte Offiziere d. Kr.-Min. versetzt.

Buck, Feldw.-Lt. a. D. (Stockach), d. Erlaubn. z. Tr. d. Unif. d. Inf.-Regts. Nr. 114 erteilt.

Befördert:

Grom, Vizewachtm. (Stockach) im Feldart.-Regt. Nr. 14, zum Lt. d. Landw.-Feldart. 1. Aufgeb., Arnz (Hellnuth), Oblt. d. Ref. d. Inf.-Regts. Nr. 113 (Renner), zum Hauptm. mit Patent vom 19. Juli 1916, Benfel, Lt. d. Ref. d. Inf.-Regts. Nr. 114 (Stockach), zum Oblt. mit Patent vom 15. Juni 1917, Engesser, Vizefeldw. (Freiburg), zum Lt. d. Ref. d. Inf., Schuhmacher, Vizewachtm. (Karlsruhe), zum Lt. d. Ref. d. Feldart.;

Seltzer (Mannheim), Vizefeldwebel im Inf.-Regt. Nr. 86, zum Lt. d. Ref. dieses Regts. Scheuer (Mannheim), Vizefeldwebel, zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., Vogel (Mannheim), Vizefeldwebel im Inf.-Regt. Nr. 88, zum Lt. d. Ref.; -

zu Stabsveterinären: die Oberveterinäre: Greve (Donaueschingen), Bübel (Freiburg i. Baden).

Büchertisch.

Rücksendung von Rezensionsexemplaren ist ausgeschlossen. Besprechung erfolgt nach freiem Ermessen.

Es sind folgende Bücher bei uns eingegangen:

Flandrisches Bilderbuch. Eine Auswahl der politischen Karikaturen der Kriegszeitung der 4. Armee und der Bilder ernsten und heiteren Charakters aus den „Losen Blättern". 144 Seiten. Preis in farbigem Umschlag geheftet 2.40 M (Verlag der „Lustigen Blätter", Dr. Eysler u. Co., Berlin.)

Museumssaal

Dienstag, den 15. Januar 1918, 7½ Uhr,

Klavier-Abend

Alice Krieger 1044

Werke: 1. Weber, Sonate As-dur op. 39. — 2. Schumann, Phantasiestücke op. 12. — 3. Beethoven, Sonate As-dur op. 110. — 4. Brahms, Intermezzo A-dur aus op. 118. Rhapsodie Es-dur aus op. 119.

Konzertflügel Bechstein von Hofl. Schweisgut, hier.

Eintrittskarten zu 3 Mk., 2.50 Mk. und 1.50 Mk. zu haben in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße, Telephon 638, und an der Abendkasse.

Evangelischer Bund Karlsruhe.

Sonntag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, in der **Karlfriedrich-Gedächtniskirche** zu **Mühlburg:**

Gottesdienstliche Feier mit Vortrag

des Herrn Stadtvikars **Müller** von hier über:

„Deutsche und evangelische Freiheit"

unter Mitwirkung des **Kirchenchors** von Karlsruhe-Mühlburg.

Beim Ausgang aus der Kirche wird eine Kollekte zu Gunsten der **Albrecht Thoma-Stiftung** erhoben. 1048

Alle evangelischen Einwohner sind hierzu herzlich eingeladen.

Der Vorstand des Evangelischen Bundes.

Großherzogl. Hoftheater. 2052

Donnerstag, den 10. Januar: Sondervorstellung.

Könige.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Liquidation eines französischen Grundbesitzes.

Durch Erlaß des Herrn Reichskanzlers vom 17. September 1917 I. B. 4773 ist die Liquidation des Grundbesitzes

Remfingerhof

(Gemeinde Folklingen, Kreis Forbach i. Lothr.)

angehörig den Erben: De Vaulx d'Achy Franz Josef, Oberst in Paris, nämlich: Colle Kamill, Fabrikant, Ehefrau Marie Antoinette geb. De Vaulx d'Achy und deren Geschwister, angeordnet worden.

Der Grundbesitz besteht in einem Herrschaftshaus, Oekonomiegebäuden, Steinbruch, Aeckern, Wiesen, Wald, mit einem Gesamtflächeninhalt von 76 Hektar 51,41 Ar in einem zusammenhängenden Komplexe, und eigener Jagd.

Das Gut liegt ungefähr 5 Kil. von den Eisenbahnstationen Forbach ung Kochern ab und ist noch bis zum 23. April 1925 verpachtet.

Kaufliebhaber wollen ihre Angebote bis zum 5. Februar 1918, nachm. 3 Uhr, an den unterzeichneten Liquidator in dessen Büros in Forbach i. Lothr., Hohenlohestr. Nr. 5, in verschlossenem Briefumschlage mit der Aufschrift „Angebot auf den Liquidationsbesitz: Remfingerhof" einreichen.

Nach Ablauf der Frist eingehende Angebote finden keine Berücksichtigung.

Die Eröffnung der Angebote findet an dem Endtermin: 5. Februar 1918, nachm. 3 Uhr, zu Forbach i. Lothr. in meinen Büros, Hohenlohestraße 5, statt.

Ueber den Gegenstand und die Bedingungen des Kaufes wird den Kaufliebhabern auf Verlangen Auskunft erteilt.

Forbach i. L., den 1. Januar 1918.

Der staatlich bestellte Liquidator:

Justizrat Schmidt, Kais. Notar. 1026

Bürsten und Besen

solide Arbeit, vorzügliches Material, empfiehlt

Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung

Viktoriastrasse 6.

Mittwoch nachmittag von 2 bis 6 Uhr ist das Verkaufslokal geschlossen. 1013

Badischer Frauenverein, Abteilung II.

Fröbelscher Kindergarten

Kriegstraße 109 2309

Anmeldungen werden täglich von 9—11 und 3—5 Uhr entgegengenommen.

Verfrachtung von Massen-Gütern 12002

auf dem

Rhein, Rhein-Herne-, Rhein-Weser- und Dortmund-Ems-Kanal

übernimmt

Duisburg-Ruhrorter Schleppverein, G. m. b. H.

Duisburg-Ruhrort und **Mannheim**

Tel.-Nr.: Duisburg-Nord 6013, 6014, 6015. Tel.-Nr.: Mannheim 7519.

Bei den

städtischen Handwagen-Vermietungsstellen

Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und **Adlerstraße 35,** Fernsprecher Rathaus

stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt. B2

Oeffentliche Aufforderung.

Die Anmeldung zur Stammrolle betr.

Die **Militärpflichtigen,** welche für das Ersatzgeschäft des Jahres 1918 meldepflichtig sind, werden aufgefordert, sich zur **Stammrolle** anzumelden und zwar beim **Städt. Militärbüro, Karl-Friedrichstraße 8, 4. Stock, Zimmer 178,** Eingang von der Zähringerstraße, **Werktags: vormittags von 8—½1 Uhr, nachmittags von ½3—5 Uhr.**

1. **Zur Anmeldung sind verpflichtet:**

a) alle Deutschen, welche im **Jahre 1918 das 20. Lebensjahr zurücklegen,** also im **Jahre 1898 geboren** sind und sich noch nicht im Militärdienst befinden.

b) alle früher geborenen Deutschen, über deren Dienstpflicht noch nicht endgültig durch Ausschließung, Ausmusterung, Ueberweisung zum Landsturm, zur Ersatzreserve oder Marine-Ersatzreserve oder durch Aushebung für einen Truppen- oder Marineteil entschieden ist, sofern sie nicht durch die Ersatzbehörden von der Anmeldung ausdrücklich entbunden oder über das Jahr 1918 hinaus zurückgestellt sind.

2. Die Anmeldung erfolgt bei der **Gemeindebehörde** des Orts, an dem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat. Hat er keinen solchen, so muß die Anmeldung an dem Ort des Wohnsitzes, und beim Mangel eines inländischen Wohnsitzes am Geburtsort, oder wenn auch dieser im Ausland liegt, am letzten Wohnsitz der Eltern erfolgen.

3. Ist der Militärpflichtige von dem Orte, in dem er sich nach Ziffer 2 zu melden hat, zeitig abwesend, so haben die Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot- oder Fabrikherren die Verpflichtung zur Anmeldung.

4. Die Anmeldung hat in der Zeit vom **2. bis 15. Januar 1918** zu geschehen; sie soll enthalten: Familien- und Vornamen des Pflichtigen, dessen Geburtsort, Geburtsjahr und Tag, Aufenthaltsort, Religion, Stand oder Gewerbe, sowie Name, Stand oder Gewerbe und Wohnsitz der Eltern, sowie ob diese noch leben oder tot sind. **Sofern die Anmeldung nicht an dem Geburtsort erfolgt, ist ein Geburtsschein vorzulegen.** Bei wiederholter Anmeldung müssen die Musterungsausweise vorgelegt werden.

5. Wer die vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 8. Januar 1918. B4

Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

In den Räumen des Rathauses, der Spar- und Pfandleihkasse und des Konzerthauses wurden im 4. Vierteljahr 1917 **folgende Gegenstände aufgefunden:**

1 neues Putztuch, 1 schwarzer Schafwollkragen, 1 schwarzer Schleier, 1 schwarze Krawatte, Handschuhe, Taschentücher, 1 Geldtäschchen, 1 Brille, 1 Spazierstock, 1 Lehrbuch der Geometrie mit 18 M Steuerzeichen, 1 Damenschirm, 1 Zigarrentasche, 1 Opernglas, 1 Brosche (Rosenbukett), 1 Paar Ohrringe, 1 weißes Kopftuch.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte an den Fundsachen binnen drei Wochen beim städt. Hauptsekretariat (I), Rathaus II. Stock, Zimmer 75, geltend zu machen, widrigenfalls das in § 979 B.G.B. bezeichnete Verfahren durchgeführt wird.

Karlsruhe, den 5. Januar 1918. B3

Das Bürgermeisteramt.

ERDOEL 8178

Deutsche, **fundsichere** Erdölfelder **gesucht.** Mobiswerke. Berlin W.

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Frau L. Kimmich

Dentistin 1047

Leopoldstraße 2b.

Nadelstamm- u. Stangenholz-Verkauf

aus dem Hinter- und Vorderwald von Annweiler Pfalz.

Mutmaßlicher Anfall im Wirtschaftsjahre 1918 **ohne Garantie für die Menge.**

Kiefern Blochholz

	1. Kl.*	1. Kl.	1. Kl. A	2. Kl.	2. Kl. A	3. Kl.	3. Kl. A
Vorderwald	—	20 fm	10 fm	60 fm	20 fm	80 fm	30 fm
Hinterwald	20 fm	60 fm	20 fm	110 fm	40 fm	210 fm	30 fm

Fichten Langholz

	3. Kl.	4. Kl.	5. Kl.	6. Kl.	ficht. Gerüststangen 2. Kl.
Hinterwald	30 fm	30 fm	20 fm	20 fm	25 fm

		Vorderwald	Hinterwald
Kiefern	Schwellen	20 fm	35 fm
„	Grubenstammholz	80 fm	210 fm
„	Grubenstangen	30 fm	160 fm

Besondere Bedingungen.

Sämtliches Holz wird ohne Rinde gemessen. Das Kiefern Stammholz wird auf Kosten der Stadt entrindet. Sämtliches Holz im Vorderwalde wird nicht gerückt, da es größtenteils in der Nähe der Abfuhrwege anfällt.

Von dem Holze im Hinterwalde werden nur die Stämme gerückt, welche nicht in unmittelbarer Nähe der Holzabfuhrwege anfallen.

Schriftliche Angebote wollen bis **Samstag, den 12. Januar 1918, nachmittags 3 Uhr,** verschlossen mit der Aufschrift „Holzangebot" beim Bürgermeisteramte Annweiler eingereicht werden. Die Eröffnung findet am besagten 12. Januar 1918, nachmittags 4 Uhr, öffentlich statt.

Annweiler, den 29. Dezember 1917. 1028

Das Bürgermeisteramt: Meyer.

Automobile und Elektromobile

Last- u. Personenwagen, auch defekt, sowie Teile **kauft gegen Cassa**

Auto-Reparatur, Frankfurt a. M.-West

Kurfürstenstr. 60—62. 12077

Von Kurland bis zum Urwald von Bialowies

Eine Pressefahrt : durch Ob. Ost :

Geschildert von Walther Günther

Chefredakteur der „Badischen Landeszeitung"

Die Broschüre kann für 30 Pf. von der Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung" bezogen werden (bei Bestellung von auswärts 5 Pf. Porto beifügen).

Für meine Leihanstalt **suche** ich

Flügel und Pianos zu kaufen

und erbitte Angebote. 1012

Ludwig Schweisgut, Hoflieferant Karlsruhe, **Erbprinzenstraße 4.**

Ausgekämmte Frauenhaare

kauft 1005

Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstraße 32.

Es ist ratsam,

die ältesten Pelze u. Muffe reparieren u. ändern zu lassen. Tadellose u. billige Ausführung **Douglasstr. 8, part.** 1003

Der Tierschutzverein

bittet, die **Zugtiere** möglichst schonend zu behandeln und der hungernden **Vögel** zu gedenken. (Trockenes Futter und gewärmtes Wasser.) 2501

Photographische Apparate

und Bedarfsartikel, wie Platten, Films, Papiere, Entwickler, Tonbäder, Statibs, Rahmen, Schulen, Lampen, Albums rc., kauft man sehr vorteilhaft bei 1001

J. Lösch, Photog.-Handlung

Herrenstr. 35, Mitglied des R.-S.-V.